

Minister des ASVG



Foto: Bildarchiv ÖGB, Markart

Karl Maisel zum 30. Todestag

Am 13. März 1982, vor dreißig Jahren, starb Karl Maisel im Alter von 91 Jahren. Maisel ist vor allem als Sozialminister (1945–1956) in Erinnerung geblieben und wird als solcher mit dem Stammgesetz der Sozialversicherung der Zweiten Republik, dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), in Verbindung gebracht. Er selbst nannte es „[wohl] das größte und bedeutendste“ Gesetz der Sozialgesetzgebung.¹ In seine Amtszeit fällt der Beschluss so wesentlicher Sozialgesetze wie das Betriebsrätegesetz, das Kollektivvertragsgesetz, das Arbeiterkammergesetz oder das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Als Arbeiterkammerpräsident (1956–1964) trug er mit dem Neubau des Kammergebäudes zur Öffnung der Kammer bei und wurde zu einem entscheidenden Mitinitiator der Sozialpartnerschaft. Karl Maisel hat somit den Wiederaufbau der Sozialpolitik in den ersten zwanzig Jahren der Zweiten Republik ganz wesentlich mitgeprägt.



Dr. Guenther Steiner
ist Politikwissenschaftler
und Historiker am Institut
für Konfliktforschung in
Wien.

¹ Archiv ÖGB, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Stenographisches Protokoll des III. Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1955, Wien 1955, S. 140.



Herkunft aus dem Wiener Arbeitermilieu

Karl Maisel kam am 3. November 1890 in der Hafengasse 11 in Wien-Landstraße als Karl Wilhelm Haidvogel zur Welt. Seine Biographie ist charakteristisch für die ärmlichen Verhältnisse des Wiener Arbeitermilieus. Oft erzählte er später, dass von den zwölf Parteien im Haus nur eine eine Uhr besaß. Der Vater Anton, ein Bäcker Geselle, starb an der in diesem Berufsstand häufig auftretenden Tuberkulose, als Karl vierzehn Jahre alt war; die Mutter, Eleonore, verdingte sich als Wäscherin, um die Familie nach dem frühen Tod des Vaters ernähren zu können. Karl Maisel hatte einen um fünf Jahre älteren Bruder namens Anton. Eine Untermieterin, „Marie-Tant“ genannt, wurde Karl zur Ersatzmutter.² Sie brachte ihn auch zu einer seiner Leidenschaften, dem Zitherspiel. In seiner Jugend war Maisel überdies ein begeisterter Ringer.

Frühes Engagement in der Gewerkschaftsbewegung

Der Berufswunsch des Schriftsetzers konnte mangels eines Lehrplatzes nicht erfüllt werden, so trat Karl Maisel nach der Bürgerschule 1905 als Maschinenschlosserlehrling in die Firma Dengg & Co auf der Erdberger Lände ein. Durch seinen Vater, der in der Arbeiterbewegung aktiv war, kam Karl früh mit dieser in Berührung. Schon als Lehrling war er Mitorganisator eines Streiks gegen den Sonntags- und Abendunterricht in der Fach- und Gewerbeschule. Dass ihm dieses Engagement beinahe die Entlassung eingetragen hätte,³ war für Karl Maisel zweitrangig. Er war ein Tatmensch, der persönliche Konsequenzen nicht fürchtete. Nach Beendigung der Lehrzeit trat er der Metallarbeitergewerkschaft bei.

Im Ersten Weltkrieg diente Maisel an mehreren Stationen, zuletzt in Wiener Neustadt, wo er den sogenannten „Jännerstreik“⁴ miterlebte und sich dem neugegründeten Soldatenrat anschloss. 1919 trat er der sozialdemokratischen Partei bei, in der

er, ebenso wie in der Gewerkschaftsbewegung, an höherer Stelle – nicht zuletzt beim Parteivorsitzenden Otto Bauer – auf sich aufmerksam machte. Bei Siemens & Halske stieg er rasch zum Betriebsratsobmann auf. Maisel erhielt 1926 einen Platz im ersten Jahrgang der Arbeiterhochschule. Nach Abschluss dieses sechs Monate dauernden Studiums wurde er Angestellter des Metallarbeiterverbandes, zuständig für Bildungsarbeit und Statistik,⁵ wo ihm der Obmann der Gewerkschaftskommission und des Metallarbeiterverbandes und Präsident der Arbeiterkammer Wien, Franz Domes, zum sozialpolitischen Lehrmeister wurde.⁶ Im Mai 1932 wurde Karl Maisel in den Gemeinderat von Wien gewählt.

Illegalität und Konzentrationslager

Nach den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen des Februar 1934 wurde Maisel verhaftet und anschließend im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Im Juni 1934 entlassen, schloss er sich der illegalen Arbeiterbewegung an, in der er schließlich an die Spitze der Zentralorganisation der Metall- und Bergarbeiter und in das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten, dem Führungsorgan der illegalen Sozialdemokratie, gelangte.⁷ Joseph Buttinger, Vorsitzender der Revolutionären Sozialisten, liefert in seinem Werk über die Sozialdemokratie in der Illegalität folgende Beschreibung von Karl Maisel:

„Er war von der Art jener, die wenig irren, weil sie wenig unternehmen und Geduld genug haben, den günstigen Augenblick abzuwarten, die nicht viel Unsinn reden, weil sie auch schweigen können, und in der Regel ihr Ziel erreichen, weil sie es nicht zu weit stecken. Er war Holoubek⁸ an Menschenkenntnis überlegen, weniger leicht zu beeindrucken, von ausgeglichenerem Gemüt und größerer Ausdauer. Da er die Kunst beherrschte, sich schieben zu lassen, hatte er es nie nötig, sich vorzudrängen. Obwohl er sich von seinen Ansichten und Zwecken nicht leicht abbringen ließ, war es schwer, ihn in einen Streit zu verwickeln.“⁹

2 Vgl. Alfred Magaziner, Ein Sohn des Volkes. Karl Maisel erzählt sein Leben – aufgezeichnet von Karl Magaziner, Wien 1977, S. 9 ff.

3 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 19.

4 Am 14. Jänner 1918 legten die Arbeiter in Wiener Neustadt nach einer Kürzung der Mehlration die Arbeit nieder. Die Streikbewegung erfasste innerhalb weniger Tage große Teile der Monarchie, mehrere hunderttausend Arbeiter nahmen daran teil. Die Arbeiter forderten u. a. ein Ende des Krieges und demokratische Reformen. Eingehender zum „Jännerstreik“ u. a. bei Peter Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, 2. Auflage, Hamburg 1982, S. 200 ff.

5 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 37 u. Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien (Hg.), Karl Maisel 1890–1960 – Ein Sohn des Volkes. Erinnerungsschrift zu seinem 70. Geburtstag, gewidmet vom Österreichischen Gewerkschaftsbund, von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter Österreichs, Wien 1960, S. 25.

6 Vgl. Robert Rimpel, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte 1945–1965. Zwei Jahrzehnte ihres Wirkens festlich gewürdigt, hg. vom Österreichischen Arbeiterkammertag, Wien 1965, S. 195.

7 Vgl. Joseph Buttinger, Das Ende der Massenpartei. Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Frankfurt am Main 1972, S. 183 u. 187.

8 Karl Holoubek, 1934 Organisationsleiter der Revolutionären Sozialisten, siehe: <http://www.dasrotewien.at/holoubek-karl.html>, aufgerufen am 3.11.2011.

9 Buttinger, Das Ende der Massenpartei, S. 284.



Foto: Bildarchiv ÖGB, Makart

Maisel musste erst zur Übernahme des Ministeramtes überredet werden. Ministerium – das klang nach Bürokratie.

Nach dem Anschluss an Hitler-Deutschland setzte Maisel seine Tätigkeit in der illegalen Arbeiterbewegung fort und galt als einer der „kommenden führenden Funktionäre einer neu zu errichtenden Gewerkschaftsbewegung in einem befreiten Österreich“.¹⁰ Am 22. August 1939 wurde er verhaftet¹¹ und ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert¹², wo er bis Anfang 1940 gefangen gehalten wurde. Dort erlebte er die Grausamkeiten des Lagerlebens am eigenen Leib und zeichnete sich durch große Charakterstärke und persönlichen Mut aus.¹³

Obmann der Gewerkschaft Metall und Bergbau

In den Tagen des Zusammenbruchs des Naziregimes wurde Karl Maisel provisorischer Bezirksvorsitzender der SPÖ Landstraße.¹⁴ Bei der Tagung, bei der die Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes beschlossen wurde, war er nicht dabei, weil er auf dem Weg dorthin von sowjetischen Soldaten zu Aufräumarbeiten von

Bombenschäden angehalten wurde.¹⁵ Er wurde beim ersten Gewerkschaftskongress im Mai 1948 zum stellvertretenden Vorsitzenden des ÖGB gewählt.¹⁶ Nachdem der Obmann der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter von 1934, Josef Weidenauer, 1945 noch nicht wieder in Wien war, kam Karl Maisel als damals stellvertretendem Obmann der provisorische Vorsitz dieser Gewerkschaft zu. In der ersten Vertrauensmännersitzung der Metall- und Bergarbeiter am 20. Juli 1945 stellte er ein „Sieben-Punkte-Programm“ als gleichsam programmatische Richtschnur vor. Darin sprach er sich für eine weitgehende Planung und Lenkung der gesamten Wirtschaft unter führender Beteiligung der Gewerkschaft, für weitestgehende Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben und für einen Ausbau der Sozialgesetzgebung aus und forderte schließlich eine Alters- und Invaliditätsversicherung für Arbeiter.¹⁷

Sozialminister wider Willen

In die im Dezember 1945 von Leopold Figl gebildete erste frei gewählte Regierung der Zweiten Republik wurde Karl Maisel als Bundesminister für soziale Verwaltung berufen. Er folgte Gewerkschaftsbundpräsident Johann Böhm, der dieses Ressort in der provisorischen Regierung Renner geleitet hatte. Er hatte dieses Amt nicht angestrebt, sondern musste in langen Gesprächen von Böhm und dem SPÖ-Parteivorsitzenden Adolf Schärf dazu bewogen werden. Er war gewissermaßen „Minister wider Willen“. Lieber wäre er bei „seinen Leuten“ im Betrieb geblieben. „Ministerium – das klang nach Bürokratie.“¹⁸ Ursprünglich wäre für dieses Amt Karl Mantler, der Vorsitzende der illegalen Gewerkschaft, vorgesehen gewesen, der jedoch aus gesundheitlichen Gründen ablehnte. Was Maisel zum Sozialminister qualifizierte, war neben seiner Persönlichkeit, dass auch er eine führende Rolle in der Illegalität gespielt hatte, sowie seine Stellung als Obmann der damals mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft, jener der Metall- und Bergarbeiter. Schließlich wurde er auch Vorsitzender der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB.

10 Otto Molden, Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945/Freiheit 05, Wien 1958, S. 136 ff., zit. b. Fritz Klenner, Brigitte Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999, 2., bearbeitete und aktualisierte Auflage, Wien 1999, S. 357 f.

11 Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, Band 2: 1938–1945, 2. Auflage, Wien 1984, S. 52 f.

12 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 53 f.

13 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 59 ff.

14 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 87.

15 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 89.

16 Vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund, Tätigkeitsbericht 1945 – 1947 und stenographisches Protokoll des ersten Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1948, Wien 1948, S. 4/276.

17 Das Sieben-Punkte-Programm ist abgedruckt bei: Karl Maisel, Die Metall- und Bergarbeiter zum Wiederaufbau Österreichs. Referat, gehalten vom Obmann der Metall- und Bergarbeiter Genossen Maisel, Wien [1945], S. 11 f.

18 Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 109.



Bewusst knüpften SPÖ und ÖGB in der Bestellung des Sozialministers an die Gründung der Ersten Republik und die Schaffung der Sozialgesetze unter Staatssekretär Ferdinand Hanusch in den Jahren 1918/20 an, womit zugleich der Stellenwert der Sozialpolitik für die Gewerkschaft und ihr Anspruch auf die Gestaltung derselben demonstriert wurde.¹⁹

Maisels Verständnis von Sozialpolitik

Dem Sozialminister Maisel ist wichtig, was dem Gewerkschafter Maisel wichtig ist. Es ging ihm darum, dass in allen Gebieten die Arbeiter und Angestellten „mitbestimmend zu entscheiden haben“.²⁰ Die soziale Gesetzgebung müsse wieder „auf eine gesunde und solide Basis gestellt werden“, nannte er als seine Aufgabe.²¹ Das Betriebsrätegesetz und das Kollektivvertragsgesetz waren daher seine zentralen Vorhaben.

Für Maisel war Sozialpolitik und vor allem soziale Sicherheit aus der Erfahrung der Ersten Republik und des „Ständestaates“ wesentliches Instrument zum Erhalt des sozialen Friedens und der Demokratie. Engstens verknüpft sah er Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik:

„Wie sie ihre wirtschaftlichen Verhältnisse und die sich daraus ergebenden Werte dem Einzelnen zuführen und an den Ergebnissen der Arbeit teilhaben lassen und unter welchen Rechtsverhältnissen und Rechtsgrundlagen der Arbeitsleister steht, zuzüglich der allgemeinen und kulturellen Lebensmöglichkeiten, das ist der Inhalt der ‚sozialen Frage‘. Sie steht heute mehr denn je im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses und an der Spitze aller Fragen.“²²

„Je besser die Wirtschaftslage, desto günstiger die soziale Lage aller Arbeitenden, desto besser auch die Wirkungsmöglichkeit aller sozialen Einrichtungen der Versicherung und der Fürsorge. Und – es ist kein Widerspruch – desto geringer die Kosten!“²³ Hier traf er sich mit Gewerkschaftsbundpräsident Böhm – den Zusammenhang von Wirtschaft und Sozialpolitik hatte im Übrigen schon

Was Maisel zum Sozialminister qualifizierte, war neben seiner Persönlichkeit, dass auch er eine führende Rolle in der Illegalität gespielt hatte, sowie seine Stellung als Obmann der Metall- und Bergarbeiter.

Ferdinand Hanusch erkannt. Wirtschaftlicher Aufschwung, Vollbeschäftigung und Lohn-Preis-Stabilität wurden für Maisel nicht nur zum wirtschafts-, sondern auch zum sozialpolitischen Credo. Maisel wurde solcherart zu einem wesentlichen Befürworter der Lohn-Preis-Abkommen und – dann schon als Arbeiterkammerpräsident – Mitinitiator der Sozialpartnerschaft. Aus dieser Wurzel entsprang auch sein ausgeprägter Antikommunismus, mit dem er sich ebenfalls mit der Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft traf.

Der Wiederaufbau der Sozialversicherung

In der Sozialversicherung ging es vor allem um die Neuimplementierung eines österreichischen Sozialversicherungsrechtes. Zum Status quo vor der Einführung der reichsdeutschen Gesetzgebung zurückzukehren war nicht möglich, da mit der Einführung der Invalidenversicherung und dem Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung während der Zeit der NS-Herrschaft und der einheitlichen Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in diesen beiden Versicherungszweigen wesentliche Änderungen erfolgt waren.²⁴

Bereits unmittelbar nach Kriegsende im Mai 1945 waren vom Staatsamt für soziale Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vorläufige Verwalter für die Sozialversicherungsinstitute eingesetzt worden und hatten diese auf provisorischer Basis wieder zu arbeiten begonnen. Auch hatte sich aus eigener Initiative eine Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsinstitute gegründet.²⁵ Einen ersten Entwurf eines Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes hatte bereits Staatssekretär Böhm vorgelegt.

Karl Maisel hatte in Bezug auf die Sozialversiche-

„Je besser die Wirtschaftslage, desto günstiger die soziale Lage aller Arbeitenden.“ – Sozial- und Wirtschaftspolitik waren für Maisel eng miteinander verbunden.

19 Vgl. Klaus-Dieter Mulley, Der Österreichische Gewerkschaftsbund 1945–1959, in: Wolfgang Maderthaler (Hg.), Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei, Wien 1992, S. 73–105, hier S. 77.

20 Vgl. Archiv Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte (Archiv AK), Protokoll der 2. Versammlung des Österreichischen Arbeiterkammertags, 4.2.1946, S. 1.

21 Arbeiterzeitung, 27.12.1945, S. 2.

22 Österreichischer Gewerkschaftsbund, Tätigkeitsbericht 1945 – 1947 und stenographisches Protokoll des ersten Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1948, S. 4/120.

23 Karl Maisel, Wirtschaftsplanung und Sozialpolitik, in: Arbeiterzeitung, 28. 12. 1947, S. 1–2, hier S. 1.

24 Egon Schäfer, Auf dem Weg zu einem neuen Sozialversicherungsgesetz, in: Soziale Sicherheit, 1/1954, S. 1–11, hier S. 1.

25 Protokoll der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Sozialversicherungsinstitute am 9. Mai 1945. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR), BM für soziale Verwaltung, Zl. I-10.034/45, liegt im Karton BM für soziale Verwaltung, Sektion II, SV-Allgemein Zl. I – 24.000/47.



Foto: Bildarchiv ÖGB

Sozialminister Maisel am ersten Kongress des ÖGB im Mai 1948.

Maisel setzte sich für eine Neufundierung der Sozialversicherung im Sinne einer einheitlichen Volksversicherung ein.

zung dezidierte Vorstellungen: Beeinflusst vom britischen Modell, das auf dem „Beveridge-Plan“²⁶ fußte, war er ein Vertreter einer einheitlichen „Volksversicherung“, und damit für eine völlige Neugestaltung der Sozialversicherung. Auch wenn selbst im Ausschussbericht zum ASVG noch davon die Rede ist, „inwieweit die Sozialversicherung in den überkommenen Formen geeignet ist, der Forderung nach umfassender sozialer Sicherheit der Gesamtbevölkerung bestmöglich zu dienen“,²⁷ scheiterte eine völlige Neubegründung sehr rasch an den politischen Realitäten und gesetzes-technischen Schwierigkeiten.

Das Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz vom 12. Juni 1947²⁸ war ein erster wichtiger Schritt zu einem österreichischen Sozialversicherungsrecht. Es regelte vorrangig die Wiedereinführung der Selbstverwaltung, und damit die Demokratisierung der Verwaltungskörper, sowie die institutionelle Organisation. Sozialminister Maisel sprach

sich im Sinne des Volksversicherungsgedankens für eine weitgehende Zentralisierung in der Organisation aus. Er traf sich damit mit den Vorstellungen der Arbeiterkammer und der Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsinstitute. Vor der Vollversammlung der AK Wien formulierte der Minister:

„Blicken Sie in die Welt hinaus [...] und wenn Sie da offen blicken und aufgeschlossenen Sinnes herumsehen, und aufhorchen, dann werden Sie bemerken und feststellen können, dass die Zukunft der Sozialversicherung nicht in kleinen Gruppengebilden gelegen ist, sondern in grossen, ja zumeist das ganze Volk umfassenden Volksversicherungen [...]“²⁹

Dementsprechend sah der Entwurf des Sozialministeriums für ein SV-ÜG vom Oktober 1946 eine „Allgemeine Sozialversicherungsanstalt“ für die Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und knapp-schaftliche Rentenversicherung vor.³⁰ Die Zentralisierungspläne stießen jedoch auf heftigen Widerstand der ÖVP; vor allem die Landwirtschaft forderte eigene Sozialversicherungseinrichtungen. In dieser Frage ging es nicht zuletzt um Einfluss – und um Ideologie. Im Ministerrat setzte sich Sozialminister Maisel energisch für die Verabschiedung des Gesetzes ein. Ein Gleiches tat er beim Kollektivvertrags-³¹ und beim Betriebsrätegesetz³², die ebenfalls 1947 verabschiedet wurden. Ein Ministerkomitee, das im Jänner 1947 tagte und dem auch Gewerkschaftsbundpräsident Böhm zugezogen wurde, brachte schließlich eine Lösung für die entscheidenden Fragen des SV-ÜG.³³ Maisel war dabei eine treibende Kraft.

Vor dem Arbeiterkammertag im Oktober 1947 zog der Sozialminister eine erste positive Bilanz: Man müsse „absolut anerkennen, dass vielleicht auf keinem anderen Gebiet so viele Fortschritte erzielt worden sind wie auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts“ und dass die kommenden Aufgaben nicht mehr so schwer wären wie jene der vergangenen zwei Jahre. Bis dahin hätten jedoch „viele schwere Kämpfe stattgefunden.“³⁴ Bezüglich der Idee der Volksversicherung formulierte

26 Vgl. Der Beveridgeplan. Sozialversicherung und verwandte Leistungen. Bericht von Sir William Beveridge, dem britischen Parlament überreicht im November 1942, einzig berechtigte deutsche Übertragung, 6. und 7. Tausend, Zürich – New York 1943.

27 Sten. Prot. NR, VII. GP, Nr. 613 der Beilagen, Ausschussbericht zum ASVG, S. 2.

28 Vgl. Bundesgesetz vom 12. Juni 1947 über die Überleitung zum österreichischen Sozialversicherungsrecht (Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz – SV-ÜG), BGBl. 142/1947.

29 Vgl. Archiv AK, Protokoll der 4. Vollversammlung der AK Wien, 4.5.1946, S. 67.

30 Vgl. Herbert Hofmeister, Die Verbände in der österreichischen Sozialversicherung. Eine historische Übersicht von den Anfängen bis zum Tätigkeitsbeginn des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, hg. vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien 1989, S. 145.

31 Bundesgesetz vom 26. Februar 1947 über die Regelung von Arbeits- und Lohnbedingungen durch Kollektivverträge und Arbeitsordnungen (Kollektivvertragsgesetz), BGBl. 76/1947.

32 Bundesgesetz vom 28. März 1947 über die Errichtung von Betriebsvertretungen (Betriebsrätegesetz – BRG), BGBl. 97/1947.

33 ÖStA/AdR, BM für soziale Verwaltung, Sektion II, Zl. 4797/47, liegt bei II-31.114/48.

34 Vgl. Archiv AK, Protokoll der Vollversammlung des 7. Arbeiterkammertages, 16. u. 17.10.1947, S. 74.

Maisel die Aufgabe nun so: „durch ein neues Gesetz neue Menschenschichten [...] in die Versicherung hineinzubauen oder, besser gesagt, in eine eigene Form zu gießen und diese gegossene Form dazustellen zu den bisher bestehenden Formen.“³⁵

Das SV-ÜG ist gewissermaßen die Geburtsurkunde des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger; zu seinem ersten Präsidenten ernannte das Sozialministerium ÖGB-Präsident Johann Böhm.³⁶ Sozialminister Maisel führte anlässlich der konstituierenden Sitzung seines Vorstandes am 12. November 1949 aus:

„Eine der größten Aufgaben der Nachkriegszeit war es, auf dem Trümmerhaufen der uns zurückgelassenen Gesetzgebung wieder eine demokratische Gesetzgebung zu schaffen, nicht zuletzt das soziale Recht und die Sozialversicherung wieder auf eine demokratische Basis zu stellen. Ich freue mich sehr, dass wir heute endlich die konstituierende Vorstandssitzung des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger im Sinne des Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes abhalten können, weil damit die Gewähr gegeben ist, dass die Sozialversicherungsinstitute nunmehr ihre in reicher Fülle vorhandenen Aufgaben in Ordnung werden durchführen können. Das Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz war ein hartes Stück Arbeit. [...] Wohl für kein zweites Gesetz trifft das alte Sprichwort ‚Gut Ding braucht Weile‘ so gut zu [...]“³⁷

„Sozialminister Maisel – der Verschwender“

War die Bestellung der Organe der SV-Träger schon von zum Teil sonderbar anmutenden Begleitumständen gekennzeichnet, geriet die Sozialgesetzgebung Ende der 1940er Jahre zunehmend ins Stocken, wurde der Widerstand gegen den Ausbau der Sozialgesetze stärker. In seinem Bericht vor dem Arbeiterkammertag im März 1950 sprach Sozialminister Maisel davon, dass

„im abgelaufenen Jahr, in der Mentalität, der Einstellung gewisser Kreise zur weiteren Entwicklung auf dem Gebiete der Sozialpolitik, ei-

ne, wie mir scheint, wesentliche Änderung eingetreten ist. Es gibt gewisse Wirtschaftskreise bei uns im Lande, die der Meinung zu sein scheinen, man hätte beinahe oder überhaupt die Grenze für die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung erreicht. Demgegenüber bin ich der Meinung, dass wir noch einen weiten Weg bis zu dieser Grenze haben.“³⁸

Am Gewerkschaftskongress drohte er mit der Macht der Gewerkschaft zur Durchsetzung sozialpolitischer Maßnahmen, „weil man ja nicht ewig darauf warten kann, dass sich im Parlament die notwendige Mehrheit dafür findet“.³⁹ Der Präsident der Industriellenvereinigung, Dr. Hans Lauda, bezeichnete im März 1952 das Sozialministerium als ein Zentrum der Verschwendung,⁴⁰ woraufhin ihn Sozialminister Maisel in einem offenen Brief ersuchte zu erklären, worin diese Verschwendung bestünde.⁴¹ Die Gewerkschaft machte daraus eine Kampagne; auf einem Plakat mit dem Titel „Sozialminister Maisel – der Verschwender“ listete sie die „Verschwendung“, die Leistungen in der Sozialpolitik, auf.

Am 22. Oktober 1952 zerbrach die Regierung u. a. an der Frage der Kürzung des Bundeszuschusses

Mit der Konstituierung des Hauptverbandes war für Maisel „die Gewähr gegeben, dass die Sozialversicherungsinstitute nunmehr ihre in reicher Fülle vorhandenen Aufgaben in Ordnung werden durchführen können.“



Foto: Slama; Quelle: ÖGB-Pressearchiv, Plakatsammlung

35 Vgl. Archiv AK, Protokoll der Vollversammlung des 7. Arbeiterkammertages, 16. u. 17.10.1947, S. 77 f.

36 ÖStA/AdR, BM für soziale Verwaltung, Sektion II, Zl. II-149.990/47, Abschrift liegt bei Zl. II-7.148/48.

37 Archiv HVB, Protokoll der konstituierenden Vorstandssitzung vom 12.11.1949, S. 3 f.

38 Archiv AK, Protokoll der Vollversammlung des 15. Arbeiterkammertages, 30. u. 31.3.1950, S. 9.

39 Archiv ÖGB, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Stenographisches Protokoll des II. Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1951, Wien 1951, S. 176.

40 Vgl. Die Presse, 13.3.1952, S. 1.

41 Vgl. Arbeiterzeitung, 14.3.1952, S. 1.

Maisels Kontrahent in der Frage der Rentenversicherung: Friedrich Hillegeist.



Foto: Bildarchiv HVB

für die Renten und der Streichung der Mittel für den sozialen Wohnhausbau.⁴² Die Sozialversicherung wurde zum Wahlkampfthema. Bei der Nationalratswahl am 22. Februar 1953 wurde die SPÖ erstmals in der Zweiten Republik stimmenstärkste Partei und blieb nur durch die Wahlarithmetik ein Mandat hinter der ÖVP – als deren Juniorpartner sie wieder in eine Koalition unter dem neuen Bundeskanzler Julius Raab ging. Der Sozialminister dieser Regierung hieß weiter Karl Maisel.

Maisel gegen Hillegeist in der Frage der Rentenversicherung

Eine der inhaltlichen Kernfragen bei der Neuregelung der österreichischen Sozialversicherung war jene der Renten und Pensionen. Diese trug auch insofern zur Verzögerung bei, da sie erst auf einer einigermaßen gesicherten ökonomischen Basis und unter Heranziehung aussagekräftigen statistischen Materials angegangen werden konnte. Wiederholt mussten seit Kriegsende die Renten gewissermaßen im „Nachziehverfahren“ erhöht werden

und blieben dennoch unzulänglich. Mit dem Bundesgesetz über die Änderung einiger Vorschriften in der Invalidenversicherung⁴³ vom 19. Mai 1949 wurde die Arbeiterpension eingeführt; konkret wurden die Voraussetzungen für die Invalidenrente an jene der Angestelltenpension angepasst. Maisel sprach in diesem Zusammenhang von der „Verwirklichung einer jahrzehntealten Forderung nach Schutz des arbeitenden Menschen im Alter“.⁴⁴ Einen wesentlichen Impuls in der Frage der Pensionen lieferten die Reformvorschläge des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Privatangestellten und Obmannes der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten Friedrich Hillegeist, die denn auch unter dem Namen „Hillegeist-Plan“ bekannt geworden sind. Der Grundgedanke dieser Denkschrift lag darin, die Rentenleistungen so zu erhöhen, dass den Rentnern ein gewisser Lebensstandard gesichert war und sie nicht darauf angewiesen waren, über das Pensionsantrittsalter hinaus zu arbeiten, um ihre Existenz bestreiten zu können.⁴⁵ Sie sprach sich umgekehrt für ein Ruhen der Rente bei gleichzeitiger Ausübung einer Beschäftigung aus.⁴⁶

In der Frage der Rentenstilllegung kam es zu einem offenen Disput zwischen Hillegeist und Sozialminister Maisel. Letzterer begründete seine Ablehnung mit dem Verwaltungsaufwand für die Sozialversicherungsträger und der damit verbundenen Verkomplizierung.⁴⁷ Man würde damit einen ganz neuen Weg bestreiten, so Maisel, und müsse sich daher hier einer „sehr großen Zurückhaltung und kühlen Überlegung befleißigen“, um nicht eine Entscheidung zu treffen, die hinterher „von uns allen bereut werden könnte“.⁴⁸ Die Frage berührt eine der Grundfragen der Pensionsversicherung: nämlich ob sie eher eine Versicherungsleistung sein soll, auf die man durch die Beiträge ein Anrecht hat, oder ob sie eher den Charakter einer Sozialleistung haben soll, deren jene teilhaftig werden sollten, die sie benötigen, bzw. umgekehrt formuliert, die jenen vorenthalten werden kann und soll, die sich ihre Existenz anderweitig sichern können. Der Hauptverband und sein Präsident Johann Böhm⁴⁹ sprachen sich für die Stilllegung der Renten aus. Letztlich trägt die Pensionsversiche-

Maisel und Hillegeist trugen in der Frage der Renten – dem inhaltlichen Kernstück des neuen ASVG – einen offenen Disput aus.

42 Vgl. Arbeiterzeitung, 28.10.1952, S. 1.

43 Bundesgesetz vom 19. Mai 1949 über die Änderung einiger Vorschriften in der Invalidenversicherung, BGBl. 112/1949.

44 Karl Maisel, Die Arbeiterpension wird Wirklichkeit, in: Arbeiterzeitung, 31.5.1949, S. 1–2, hier S. 2.

45 Vgl. Friedrich Hillegeist, Höhere Renten oder Doppelbezug von Rente und Arbeitseinkommen? In: Der Privatangestellte, Nr. 95, 25.9.1950, S. 1–4, hier S. 1.

46 Friedrich Hillegeist, Probleme der Rentenversicherung, in: Soziale Sicherheit, November 1950, S. 334–341, hier S. 335.

47 Archiv ÖGB, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Stenographisches Protokoll des II. Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1951, S. 247.

48 Archiv ÖGB, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Stenographisches Protokoll des II. Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1951, S. 170.

49 Archiv AK, Protokoll über den 20. Arbeiterkammertag vom 18.–19. April 1952, S. 29, sowie Archiv HVB, Protokoll der Präsidialausschusssitzung vom 23.7.1951, S. 11.



zung, der Bereich, in dem das ASVG eine völlige Neugestaltung der bisherigen Regelung festsetzte, die Handschrift Hillegeists. Einen weitgehenden Vorgriff auf die Bestimmungen des ASVG stellte das Rentenbemessungsgesetz vom 6. Juli 1954 dar. Dies war notwendig geworden, weil, wie es Sozialminister Maisel formulierte, „die Rentner [...] von Vertröstungen nicht leben können“.⁵⁰

Die Krönung der Ministerschaft Maisels: das ASVG

Nach der Verabschiedung des SV-ÜG unternahm das Sozialministerium mit dem Entwurf für ein allgemeines Krankenversicherungsgesetz einen neuen Anlauf zur Neufundierung der Sozialversicherung, der jedoch vor allem am Widerstand der Landwirtschaft scheiterte, die weiterhin für eigene SV-Träger für ihre Berufsgruppe eintrat. Die Frage, ob die Neugestaltung des SV-Rechtes in einem Gesetz erfolgen sollte oder in mehreren Teilschritten, blieb eine entscheidende. Sozialminister Maisel sprach sich für zweite Option aus. Er fürchtete, dass eine Kodifikation in einem Schritt ob der Kompliziertheit der Materie und ob der Widerstände noch Jahre dauern würde. Auch sei nicht einzusehen, dass Teile des SV-Rechtes, die ohne Schwierigkeiten neu gefasst werden könnten, jahrelang blockiert werden sollten.⁵¹ Hauptverband, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer sprachen sich nach dem im April 1952 verabschiedeten 1. Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetz (1. SV-NG)⁵² deutlich für eine Gesamtkodifikation aus, da eine Regelung in Teilschritten die Unübersichtlichkeit nur vergrößern würde.⁵³ Schließlich wurde der Entwurf eines 2. SV-NG nicht weiter verfolgt.

Im Jänner 1952 nahm ein Expertenkomitee im Hauptverband seine Arbeit auf, das in der Folge in neun Teilen einen Entwurf für das ASVG erarbeitete. War ein Teil abgeschlossen, wurde er dem Ministerium übermittelt, das auf dieser Basis einen Ministerialentwurf verfertigte. Sozialminister Maisel entschied, dass diese Entwürfe seines Hau-

Nach der Verabschiedung des SV-ÜG unternahm das Sozialministerium mit dem Entwurf für ein allgemeines Krankenversicherungsgesetz einen neuen Anlauf zur Neufundierung der Sozialversicherung.

ses, sobald fertig, zur Begutachtung versandt wurden und man nicht auf einen Gesamtentwurf warten sollte. Maisel wollte angesichts der großen Widerstände und unterschiedlichen Auffassungen keine weiteren Verzögerungen riskieren. Einer der größten Gegner des ASVG war die Ärzteschaft: „Der Entwurf zum ASVG dokumentiert deutlich das Bestreben des Hauptverbandes und der Sozialversicherungsträger nach Vergrößerung ihrer ohnehin schon außerordentlich großen Macht“.⁵⁴ Die Ärzteschaft ging im Sommer 1955 für ihre Anliegen auf die Straße.

Ende 1954 wurde von Sozialminister Karl Maisel ein Verhandlungskomitee unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Julius Raab eingesetzt. Dieses sollte eine Einigung auf politischer Ebene herbeiführen.⁵⁵ Wiederum ist Maisel treibende Kraft zur Überwindung der Hindernisse. Paragraf für Paragraf wurde in diesem Gremium durchgenommen, wobei man immer wieder Fragen zurückstellen oder an Unterausschüsse verweisen musste. Der Gesetzesentwurf zum ASVG wurde vom Ministerrat am 19. Juli 1955 dem Parlament zugewiesen.⁵⁶ Im Sozialausschuss des Parlaments erfuhr die Vorlage noch 154 Abänderungen,⁵⁷ und selbst danach wurden noch Detailfragen geklärt.⁵⁸ Am 9. September 1955 konnte das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz schließlich vom Nationalrat verabschiedet werden. „Der unentwegte und sich immer wieder durchsetzende Optimismus einzelner war es schließlich, der das Gesetz doch durchbrachte“, sagte Maisel am ÖGB-Kongress.⁵⁹ Dem Sozialminister war wichtig, dass das Gesetz vom „Vertrauensmann“ und vom „Betriebsrat“ verstanden werden konnte. Maisel wies darauf hin, dass der

Wiederholt war der Sozialminister ein treibender Motor gegen alle Widerstände auf dem Weg zum ASVG.

50 Vgl. Archiv ÖGB, Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, Nr. 522, 22.4.1954, S. 3. Bundesgesetz vom 6. Juli 1954 über Änderungen in der Bemessung der Renten aus der Sozialversicherung (Rentenbemessungsgesetz – RBG), BGBl. 151/1954.

51 Vgl. Archiv HVB, Ordner 42.03, SV-NG Stellungnahmen Juli bis Oktober 1952, Erläuternde Bemerkungen zu dem Entwurf eines 2. SV-NG.

52 Bundesgesetz vom 3. April 1952 über die Neuregelung von Teilen des Sozialversicherungsrechtes (1. Sozialversicherungs-Neuregelungsgesetz – 1. SV-NG), BGBl. 86/1952.

53 Vgl. Archiv HVB, Protokoll der Präsidialausschusssitzung vom 19. Juli 1952, S. 12.

54 ÖStA/AdR, BM für soziale Verwaltung, ASVG 1956, Mappe 19: Ärzterverhandlungen. Aus den erläuternden Bemerkungen zu den Vorschlägen der Österreichischen Ärztekammer zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG.), II. Teil, 3. Abschnitt, betreffend die Beziehungen zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Ärzten, S. 1.

55 Archiv Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Archiv VGA), Der Kampf um das ASVG, in: Klub der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte (Hg.), Tätigkeitsbericht 1954–1956. VIII. Tätigkeitsbericht Oktober 1954 – Juli 1955, Sondertagung 1955, [Wien 1956], S. 43–48, hier S. 44.

56 ÖStA/AdR, BKA, MRP 2. Republik, Raab I, Protokoll über die Sitzung des Ministerrates vom 19.7.1955, Punkt 31 des Beschlussprotokolls.

57 Vgl. Parlamentsarchiv, Politische Akten NR VII. GP., Schachtel Nr. 53, Ausschüsse: Sozialausschuss.

58 Reinhold Melas et al., Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG), in: Soziale Sicherheit, 9/10/1955, S. 297–368, hier S. 299.

59 Archiv ÖGB, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Stenographisches Protokoll des III. Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1955, S. 143 f.



Foto: Bildarchiv/HVB

Karl Maisel (re.) und sein Nachfolger als Sozialminister Anton Proksch (li.) im Hauptverband. Zweite Reihe: Dr. Theodor Schneider (re.) und Vizepräsident Franz Korinek (li.). Stehend im Vordergrund: Vizepräsident Dominik Hummel, dahinter, an die Wand gelehnt: Generaldirektor Dr. Reinhold Melas.

Erfolg, den das ASVG in der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeuten würde, ob der bislang erzielten Fortschritte im Sozialrecht nicht mehr wirklich erkannt würde:

„Hätten diesen Erfolg unsere Väter erreichen können, so hätten sie ihn mit einem wirklichen und wahren Freudentaumel gefeiert. Aber seither sind in der Sozialversicherung große Fortschritte erzielt worden, so dass der letzte große und entscheidende Schritt, eben das ASVG, von der jetzt lebenden Generation nicht so gewertet wird, wie es diesem Gesetz gebühren würde. Ich bin aber überzeugt, wenn das Gesetz erst von den Gewerkschaftsvertrauensmännern und von den Mitgliedern durchgesehen wird und die Fülle der Verbesserungen auf den Gebieten der Sozialversicherung schwarz auf weiß von ihnen festgestellt werden wird, dann wird auch die Freude und Begeisterung noch mehr, als das bisher der Fall gewesen ist, bis weit hinein in alle Schichten der Arbeiterschaft Eingang finden.“⁶⁰

Nach der „Krönung“ mit dem ASVG schied Maisel „mit dem Bewußtsein, einen kleinen Teil für die Wiederherstellung Österreichs beigetragen zu haben“ aus dem Sozialministerium.

Maisel bezeichnete das ASVG als „wichtigste[n] Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Volksrente“.⁶¹ In diesem Sinne nahm er auch 1957 bei der Einbeziehung der Gewerbetreibenden und Bauern in die Pensionsversicherung für die Arbeiterkammer in Anspruch, „einer der Ersten“ gewesen zu sein, die diese Gesetze gefordert hatten. „Wir dürfen also unserer Freude Ausdruck geben, dass es nunmehr gelungen ist, in Österreich ein Netz von Pensionsversicherungsgesetzen zu schaffen, von dem man behaupten kann, es wird in weiterer Zukunft, sobald sich die Gesetze voll und ganz ausgewirkt haben, keinen Menschen mehr in Österreich geben, der im Alter nicht in irgendeiner Form eine Sicherung seines Lebens erhält.“⁶²

Am ÖGB-Bundeskongress im Herbst 1955 gab der Sozialminister seinen Rücktritt bekannt. „Nachdem das ASVG unter Dach und Fach war, hat Maisel, wie er es selbst in einem Interview ausgedrückt hat, das Ministerium einfach nicht mehr interessiert.“⁶³ Sein Abschied hatte aber auch etwas von einem Generationswechsel in der österreichischen Politik. In seiner letzten Ministerratssitzung am 17. Jänner 1956 verabschiedete sich Maisel mit den Worten:

„Hoher Ministerrat, Herr Bundeskanzler! Ich danke Ihnen für die Worte. Ich kenne vor allem Ihre Zuneigung zu mir seit langem und weise darauf hin, daß Sie mich immer mit den Worten: ‚Mein Teuerster!‘ angedet haben. – Seit 10 Jahren war ich als Sozialminister tätig und diese Jahre gehören zu den eindruckvollsten und schönsten meines Lebens. Wenn ich jetzt aus der Regierung scheidet, so gehe ich mit dem Bewußtsein, einen kleinen Teil für die Wiederherstellung Österreichs beigetragen zu haben, das mein Heimatland ist. Diesem Land wünsche ich fernerhin ein ungetrübtes Gedeihen.“⁶⁴

Als wesentliche Gesetze seiner Amtszeit sind noch das Landarbeitergesetz, das Gesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, das Arbeiterurlaubsgesetz, das Invalideneinstellungsgesetz oder das Familienlastenausgleichsgesetz zu nennen. Ein Arbeitszeitgesetz, für das er sich stets eingesetzt hatte, blieb ihm verwehrt. Sein Nachfolger an der Spitze des Sozialressorts wurde der bisherige Generalsekretär des ÖGB, Anton Proksch.

60 Archiv ÖGB, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Stenographisches Protokoll des III. Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1955, S. 141.

61 Vgl. Archiv ÖGB, Protokoll über die Bundesvorstandssitzung des ÖGB vom 21.7.1955, S. 8 ff., Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, Nr. 606, 25.7.1955, S. 2.

62 Archiv AK, Protokoll der 32. Hauptversammlung des Österreichischen Arbeiterkammertages, 17.4.1958, S. 15.

63 Vgl. Magaziner, Ein Sohn des Volkes, S. 115.

64 ÖStA/AdR, BKA, MRP 2. Republik, Raab I, 17.1.1956, S. 2.

Der Arbeiterkammerpräsident Karl Maisel

Karl Maisel seinerseits folgte bei der Vollversammlung am 19. Jänner 1956 Karl Mantler als Präsident der Arbeiterkammer Wien.⁶⁵ Als solcher war er zugleich Präsident des Österreichischen Arbeiterkammertages.⁶⁶ Maisel vertrat die Auffassung, dass die Arbeiterkammer bei der Interessenvertretung der Arbeitnehmer auch die Gesamtinteressen im Blick haben müsse, und bekannte sich, damals noch Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Obmann der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, zur „innigen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften“.⁶⁷

„Vollbeschäftigung, gesicherter Arbeitsplatz, soziale Sicherheit, Gesundheit der Menschen, gerechte Verteilung des erarbeiteten Nationalprodukts und, damit erst zu erreichen, die Gewährleistung des sozialen Friedens“⁶⁸ sah er als Herausforderungen für die Zukunft an. Er hatte dabei stets den technischen Fortschritt und die europäische Integration im Auge. Maisel sah in der Arbeiterkammer mit ihren Expertenstäben das „Gehirn“ der Interessenvertretungen der Arbeiterschaft,⁶⁹ gleichzeitig waren ihm die Arbeiterkammern Seismograph und „nicht nur Wächter des schon Erreichten, sondern sie sind auch geradezu Konstrukteure eines weiteren Fortschrittes, sowohl sozial- als auch wirtschaftspolitisch“.⁷⁰

Bildung und Ausbildung der Arbeiter waren ihm daher ein besonderes Anliegen. In seine Amtszeit fällt die Eröffnung des Anna-Boschek-Lehrmädchen-Heims und der technisch-gewerblichen Abendschule. Ziel der Schule war es, wie Präsident Maisel formulierte „Österreich im Zeitalter der wirtschaftlichen Integration einen leistungsfähigen Stamm der unumgänglich notwendigen mittleren technischen Führungskräfte zu sichern.“ Hier sollte „der Arbeiter von heute auf die Berufswelt von morgen vorbereitet“ werden.⁷¹ Die Kammer förderte wissenschaftliche Arbeiten im Bereich der Sozialpolitik.

Maisel hatte das Ziel, die Kammer aus ihrem „Aschenbröddasein“ herauszuholen und zu einem offenen Haus zu machen. Zahlreiche Ausstellungen, unter anderem auch zur sozialen Sicherheit, wurden durchgeführt. Kulturveranstaltungen für Kammermitglieder wurden unterstützt. Symbol für diese Öffnung war das neue Gebäude der Wie-

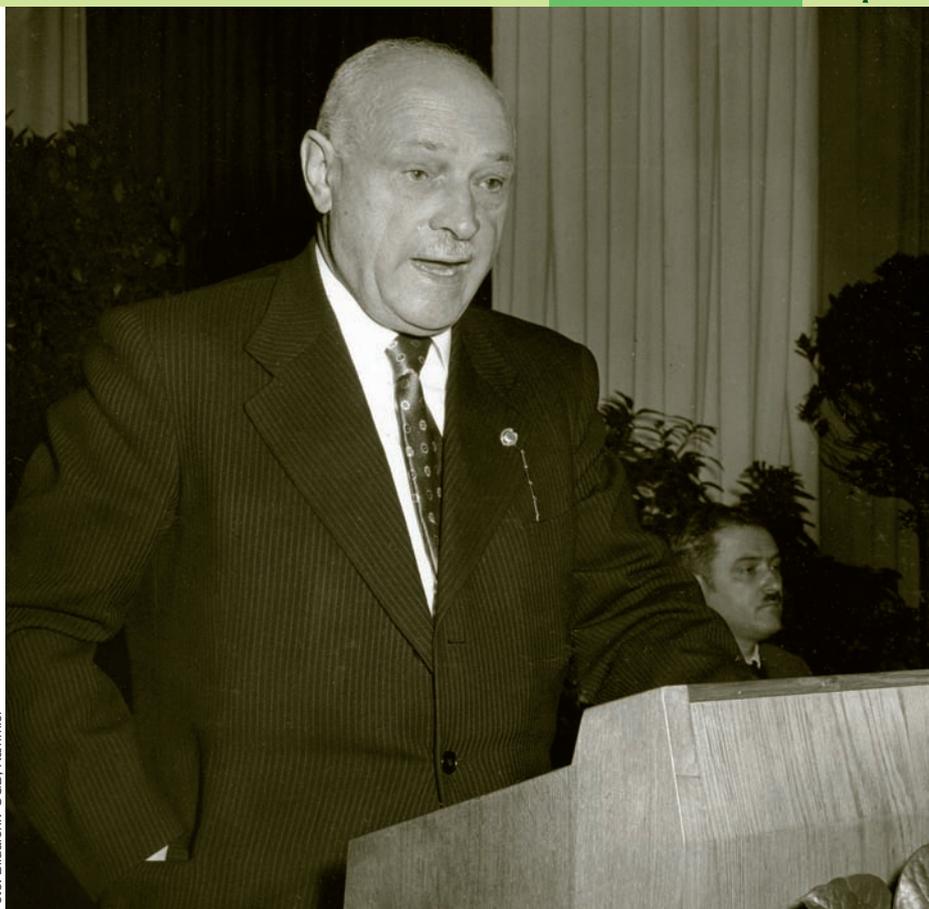


Foto: Bildarchiv ÖGB, Kammler

ner AK, das an der Stelle des ehemaligen Palais Rothschild in der Plößlgasse im 4. Gemeindebezirk gebaut und Anfang 1960 eröffnet wurde. Über die Bedeutung des neuen Gebäudes führte Maisel im Oktober 1960 aus:

„Wir haben uns nämlich damals, als das Kammergebäude konstruiert wurde und wir die Pläne mit den Architekten durchbesprochen haben, gesagt, wir müssten den Angehörigen der Wiener Arbeiterkammer mehr Zugang verschaffen, wir müssen die Tore aufmachen, damit die Kammer aus dem stillen Leben, das sie vorher als das sogenannte Laboratorium für die Gewerkschaften immer geführt hat, herauskommt und wir uns in der Öffentlichkeit mehr bemerkbar machen, als das bisher der Fall gewesen ist.“⁷²

Maisel als Mitinitiator der Sozialpartnerschaft

Aus seinem Verständnis eines stabilen Wirtschaftswachstums als Voraussetzung für Sozialpolitik und sozialen Frieden wurde Karl Maisel auch ein we-

Der neugewählte AK-Präsident Karl Maisel, Vollversammlung der AK Wien am 19. Jänner 1956.

Die Kammer zu einem offenen Haus zu machen und sie aus ihrem „Aschenbröddasein“ zu holen, war ein Hauptziel von AK-Präsident Maisel.

65 Archiv AK, Protokoll der 29. (außerordentlichen) Vollversammlung der AK Wien, 19.1.1956, S. 34.

66 Vgl. Arbeiterkammergesetz, BGBl. 105/1954, § 24 Abs 1.

67 Arbeiterzeitung, 1.2.1956, S. 2.

68 Archiv AK, Protokoll der 30. Hauptversammlung des Österreichischen Arbeiterkammertages, 12.4.1957, S. 16 f.

69 Archiv AK, Protokoll der 30. Hauptversammlung des Österreichischen Arbeiterkammertages, 12.4.1957, S. 16 f.

70 Archiv AK, Protokoll der 40. Vollversammlung der AK Wien, 5.4.1960, S. 4 f.

71 Rimpel, Die Kammern für Arbeiter und Angestellte 1945–1965, S. 234 f.

72 Archiv AK, Protokoll der 42. Vollversammlung der AK Wien, 26.10.1960, S. 9.

Architekten der Sozialpartnerschaft:
Karl Maisel und Johann Böhm. Rechts von Böhm: Anton Proksch. Links von Maisel: Anton Benya und Erwin Altenburger.



Foto: Bildarchiv ÖGB, Kammler

Aus seinem Verständnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde Maisel neben Böhm zu einem wesentlichen Architekten der Sozialpartnerschaft.

sentlicher Mitinitiator der Sozialpartnerschaft. Er plädierte schon auf der Vertrauensmännerkonferenz der Wiener Metall- und Bergarbeiter im März 1946 für ein Lohn-Preis-Abkommen, da die Preise den Löhnen vorausseilen würden; entsprechende Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft würden zur Inflation führen, was verhindert werden müsse.⁷³

Maisel stellte sich uneingeschränkt hinter die Initiative von Johann Böhm, der im März 1956 in einem Brief an die Präsidenten von Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer die Schaffung einer gemeinsamen Institution der Kammern und des ÖGB zur Ausarbeitung von Vorschlägen und zur Beratung der öffentlichen Körperschaften in Wirtschaftsfragen anregte.⁷⁴ In einer Aussendung im März 1957 forderte Maisel die Schaffung einer eigenen Stelle zur Untersuchung von Preissteigerungen.⁷⁵

Am 5. März 1957 legte der ÖGB sein Maßnahmenprogramm gegen den Preisauftrieb der Wirtschaftskommission vor.⁷⁶ Die Regierung sah sich daraufhin veranlasst, den Plan einer paritätischen Kommission vorzulegen, in der Lohn- und Preisforderungen bzw. -bewegungen überprüft werden sollten. Am 27. März 1957 fand die erste Sitzung dieser Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Julius Raab statt.⁷⁷ Karl Maisel stellte am selben Tag vor der Vollversammlung der AK Wien fest:

„Ein anderer Weg – das ist meine Meinung –, als dieser Regierungserklärung beizutreten, um die Lohn-Preis-Spirale ruhig zu halten, ist mei-

nes Erachtens nicht zu sehen. Wenn sich alle, und vorerst die Arbeitgeber, allen Ernstes an die Richtlinien halten, dann kann der Erfolg dieser Aktion nicht ausbleiben, und wenn sich ein Erfolg einstellt, wird er sich in erster Linie für die Arbeiter und Angestellten unseres Landes auswirken.“⁷⁸

Karl Maisel hatte sich schon in seinem Sieben-Punkte-Programm vom Sommer 1945 und auch später beständig für eine Koordinierung und Planung der Wirtschaft eingesetzt. Dementsprechend sprach er anlässlich der Errichtung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen von einer neuen Ära für die Arbeiterkammer und den Gewerkschaftsbund, und zwar der „der Mitbestimmung in der Wirtschaft“.⁷⁹ Er versprach sich von der Schaffung dieses Gremiums einen „ernsten, hoffnungsvollen Schritt zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Sozialpartner“.⁸⁰ Der Beirat nahm im Oktober 1963 seine Arbeit auf.

Karl Maisel – ein Architekt des sozialpolitischen Wiederaufbaus

Am 2. April 1964 trat Karl Maisel als Präsident der Arbeiterkammer zurück. „Man muss wissen, wann es Zeit ist, wiederum abzutreten, und man muss wissen, dass man der Jugend weichen muss, solange diese Jugend noch jung ist.“⁸¹ Er nahm für sich in Anspruch, mit gutem Gewissen gehen zu können. Als wichtigste Neuerungen seiner acht-

73 Vgl. Metall- und Bergarbeiter, März 1946, S. 1.

74 Archiv AK, Protokoll der 30. Vollversammlung der AK Wien, 12.4.1956, S. 102 f.

75 Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, Nr. 731, 9.3.1957, S. 2–3, hier S. 3.

76 Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, Nr. 732, 11.3.1957, S. 1 ff.

77 Vgl. Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, Nr. 735, 29.3.1957, S. 11.

78 Archiv AK, Protokoll der 32. Vollversammlung der AK Wien, 27.3.1957, S. 30.

79 Pressedienst der AK Wien, Nr. 185, 7.11.1963, S. 2.

80 Pressedienst der AK Wien, Nr. 185, 7.11.1963, S. 3.

81 Vgl. Archiv AK, Protokoll der 50. Vollversammlung der AK Wien, 2.4.1964, S. 124.



jährigen Amtszeit nannte er den Bau des neuen Arbeiterkammergebäudes, mit dem „die Arbeiterkammer in der Öffentlichkeit in ein ganz neues Licht getreten“ sei, ebenso verwies er auf 26 Ausstellungen, die die AK in seiner Präsidentschaft organisiert hatte. Das Anna-Boschek-Lehrlingsheim für Mädchen erwähnte er ebenso in seiner Bilanz wie das Urlaubsheim Annental, die technisch-gewerbliche Abendschule und den Wohnbaudarlehensfonds.⁸²

Schon im Mai 1962 war Karl Maisel als Obmann der Gewerkschaft Metall- und Bergbau zurückgetreten und zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden. Mitte 1962 trat Maisel auch als Vorsitzender der FSG zurück. In beiden Funktionen folgte ihm Anton Benya.⁸³ Das Amt des Vizepräsidenten des ÖGB hatte er bereits 1959 niedergelegt.

In seiner Sitzung vom 7. April 1964 beschloss der ÖGB-Bundesvorstand die Einrichtung eines „Karl-Maisel-Sozialfonds“, mit dem bedürftige Gewerkschaftsmitglieder oder deren Angehörige in Notfällen unterstützt werden sollten, etwa bei Operationen oder beim Ankauf von Hilfsgeräten für Invalide.⁸⁴

Einige Monate vor seinem 90. Geburtstag, am 30. Juni 1980, überreichten der Präsident des Hauptverbandes, Franz Millendorfer, und Generaldirektor Alois Dragaschnig Karl Maisel für seine Verdienste um die Sozialversicherung die höchste Auszeichnung, den Ehrenring des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.⁸⁵ Am 20. Mai 1986 wird eine Wohnhausanlage in Wien-Simmering, Lindenbaurgasse in Karl-Maisel-Hof benannt.⁸⁶ 1995 wurde eine Gasse in Wien-Landstraße nach Karl Maisel benannt.⁸⁷

Karl Maisel selbst schrieb in der Festschrift zum 75-Jahr-Jubiläum der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter:

„Alle meine persönlichen Funktionen, die mir in der Arbeiterbewegung anvertraut waren, übernahm ich immer erst nach langem Zureden meiner Arbeitskollegen und nachdem ich selbst zur Überzeugung gelangt war, dass ich dem Wunsche folgen musste. Ich war nie ein Kleber an Funktionen, sondern verließ sie und übergab sie an andere, jüngere Kollegen und Genossen,



Foto: Bildarchiv HVB

wenn ich die Überzeugung gewonnen hatte, dass damit der Sache besser gedient war. Das scheint mir auch der Grund, dass mir die Freundschaft so vieler alter und junger Kollegen noch bis in meine Pensionistenzeit erhalten bleibt. Ich habe der großen Idee des Sozialismus und der freien Gewerkschaften aus Idealismus gedient, was mein Leben erst lebenswert machte.“⁸⁸

Karl Maisel gehört im kollektiven Gedächtnis nicht zur allerersten Reihe der Politiker der Wiederaufbauphase der Zweiten Republik, aber vielleicht umso sicherer zur zweiten. (Er steht also auch hier eher im Hintergrund.) Er hat die Sozialpolitik nicht so sehr inhaltlich gestaltet, als mit seinem Einsatz und seinem Durchsetzungsvermögen zu ihrer Gestaltung zwischen 1945 und 1964 beigetragen und wurde zu einem ihrer Architekten. Insofern zählt Karl Maisel unzweifelhaft zu den großen politischen Persönlichkeiten des Wiederaufbaus der Zweiten Republik.

Aus Anlass des 30. Todestages von Karl Maisel hat der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eine Studie über die Bedeutung Maisels für den Wiederaufbau der Sozialpolitik in den ersten zwanzig Jahren der Zweiten Republik in Auftrag gegeben. Diese Arbeit erscheint im März 2012 als Festschrift in Buchform.

Präsident Franz Millendorfer (re.) und Generaldirektor Alois Dragaschnig (li.) überreichen Karl Maisel den Ehrenring des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Mit seinem Einsatz und Durchsetzungsvermögen wurde Karl Maisel zu einer der großen Persönlichkeiten der österreichischen Sozialpolitik nach 1945.



Foto: Thomas Reimer, ÖGB

82 Vgl. Archiv AK, Protokoll der 50. Vollversammlung der AK Wien, 2.4.1964, S. 124 ff.

83 Vgl. Welt der Arbeit, September 1962, S. 5.

84 Vgl. Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst, 11.4.1964, S. 1.

85 Auskunft von Frau Doris Meraus, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 30.11.2011.

86 Vgl. Solidarität Juli/August 1986.

87 Vgl. Peter Autengruber, Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung – Herkunft – frühere Bezeichnung, 7., bearbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage, Wien 2010, S. 184 f.

88 Unsere Obmänner sprechen zu uns, in: Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter (Hg.), Der Aufstieg, 75 Jahre Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, Wien 1965, S. 137.